

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 7 · 7. Dezember 2000 · www.cdu-csu-ep.de

Frohe Weihnachten!

Joyeux Noël!

Happy Christmas!

Buon Natale!



Inhalt

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes neues Jahr.

Reimer Böge:
BSE-Krise
Seite 2

Georg Jarzembowski:
Eisenbahnliberalisierung
Seite 4

Ruth Hieronymi:
EU-Filmförderung
Seite 5

Armin Laschet:
ESVP
Seite 7

EU-weite Sofortmaßnahmen gegen BSE

DER EHEMALIGE VORSITZENDE DES BSE-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT REIMER BÖGE IM GESPRÄCH

Uie: Herr Böge, nachdem nun auch in Deutschland und Spanien BSE-Fälle aufgetreten sind, wird die Forderung nach EU-weiten Schutzmaßnahmen gegen die Rinderseuche immer lauter. Welche Maßnahmen sind sinnvoll?



Reimer Böge MdEP

Böge: Das Europäische Parlament hat im Februar 1997 ein Maßnahmenpaket von über 70 Empfehlungen bei der Vorlage des Untersuchungsausschussberichtes vorgelegt. Zu diesem Maßnahmenpaket gehören u.a. die Identifizierung von Tieren, die Kennzeichnung von Fleisch, ein schnelles Voranbringen von BSE-Testmöglichkeiten, eine stärkere europaweite Forschung, die Formulierung von Sicherheitsschlüsseln beim Tiermehl und Transparenz der Veterinärkontrollen und der wissenschaftlichen Empfehlungen. Die Kommission hat fast alle diese Forderungen aufgegriffen, aber manches wurde durch den Ministerrat verwässert und verzögert.

In der aktuellen Situation sind folgende Sofortmaßnahmen erforderlich:

- Ausdehnung der Tests bis an die Grenzen der Laborkapazitäten im Sin-

ne einer umfassenden Risikoanalyse in allen Mitgliedstaaten

- Vorziehen der Kennzeichnung von Fleisch (von 2002 auf März 2001)

- Erstellung einer offenen Futtermitteldeklaration und einer Positivliste für Futtermittel

- gleichen Sicherheitsanforderungen an Importe wie an die Binnen-

marktproduktion

- europaweites Verbot der Verfütterung von Tiermehl bis zu dem Zeitpunkt, ab dem gesichert ist, daß Tiermehl aus unbedenklichem Rohmaterial lebensmitteltauglicher Tiere in separaten Verarbeitungsanlagen produziert wird. Das übrige Tiermehl muß dauerhaft aus der Verfütterung ausgeschlossen bleiben

- Ausweitung der Befugnisse der Kommission, damit sie bei Verstößen von Mitgliedstaaten gegen das Gemeinschaftsrecht, schneller handeln kann als dies die heutigen Vertragsverletzungsverfahren ermöglichen.

Uie: Der Kampf gegen BSE wird teuer werden. Wer wird die entstehenden Kosten, vor allem den Verdienstaustausch der Bauern, übernehmen?

Böge: Die Folgekosten sind derzeit nicht abzusehen. Auch nicht die Frage, ob Schadensersatzverfahren beispielsweise gegen die britische Regierung oder die Kommission wegen offenkundiger gravierender Fehler Aussicht auf Erfolg haben.

Der Haushalt der Europäischen Union wird unter Umständen einer Revision der finanziellen Vorausschau bedürfen, wenn die vorgesehenen Sanierungsprogramme tatsächlich greifen sollen. Existenzgefährdende Verluste in der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen sind trotz alledem nicht auszuschließen.

UiE: Wer trägt die Schuld an der BSE-Misere?

Böge: Wir haben immer gesagt: Zu 60% tragen die Verantwortlichen im Vereinigten Königreich und zu 40% die Kommission (Verwaltung und Kommissare). Es haben aber auch im Agrar- und Gesundheitsministerrat viele Mitgliedstaaten viel zu spät reagiert.

UiE: Welche Lehren sollte die Europäische Union für ihre zukünftige Agrarpolitik aus der BSE-Krise ziehen?

Böge: Der jetzt betroffene Betrieb Lorenzen ist ein typischer mittelbäuerlicher Familienbetrieb, der gut geführt wird und seine Bücher in Ordnung hat.

Die rot-grüne Bundesregierung betreibt derzeit zu Lasten der großen Anzahl der ordnungsgemäß geführten landwirtschaftlichen Betriebe eine schlimme Ideologiedebatte, die ich als diskriminierend empfinde. Die alte Unionsgeführte Bundesregierung hat – unter Berücksichtigung von Wissenschaft und Technik – eine Landwirtschaftspolitik betrieben, die auf dem Grundsatz der Nachhaltigkeit basierte, dem Denken in Generationen verpflichtet war und Kreisläufe der Natur achtete. Diese Politik, sowie ressourcenschonendes Wirtschaften, eine möglichst artgerechte Tierhaltung, integrierte Produktions- und Verarbeitungsverfahren und Betriebszertifizierung gilt es weiter auszubauen.

Entscheidung des Europäischen Parlaments zu BSE vom 16. 11. 2000

Das Europäische Parlament

- ist der Ansicht, daß die Rückverfolgbarkeit der Nahrungsmittel ab Fütterung und Anbau bis zum Verzehr ein Eckstein der EU-Nahrungsmittelpolitik sein sollte;
- vertritt die Auffassung, daß es als Verbrechen betrachtet werden sollte, wenn wesentlich zugelassen wird, daß ein infiziertes oder infektionsverdächtiges Tier in die Nahrungsmittelkette gelangt;
- erinnert daran, daß ein Verbot der Verfütterung von Fleisch- und Knochenmehl an Wiederkäuer seit 1994 EU-weit in Kraft ist; betont, daß Nichtwiederkäuer unter keinen Umständen mit tierischen Proteinen gefüttert werden dürfen, die aus nicht für den menschlichen Verzehr zulässigen Quellen stammen;
- bedauert die fehlende Harmonisierung beim Verbot von Tiermehl und fordert deshalb das Verbot ...

GEORG JARZEMBOWSKI:

Erfolg für Bahnliberalisierung

WEITER SCHRITTE ZUR ÖFFNUNG DES EISENBAHNSEKTORS DURCHGESETZT

In den Abendstunden des 22. November ist es dem Europäischen Parlament gegen den heftigsten Widerstand der französischen Ratspräsidentschaft gelungen, im Vermittlungsverfahren über drei grundlegende Richtlinien zur Eisenbahnliberalisierung – die Fortentwicklung der Eisenbahnen, die Genehmigung für Eisenbahnunternehmen und die Zuweisung von Fahrwegkapazitäten – folgende weitere Schritte zur Öffnung des Eisenbahnsektors durchzusetzen:

1. Für den grenzüberschreitenden Frachtverkehr ist die endgültige Öffnung aller nationalen Eisenbahnnetze beschlossen worden, und zwar spätestens ab dem Jahr 2008. Damit ist erreicht worden, daß alle Mitgliedstaaten ab jenem Zeitpunkt nicht nur bestimmte Trassenkorridore, sondern ihr gesamtes Netz für Eisenbahnunternehmen aus den anderen EU-Staaten öffnen müssen.

2. Eine Ausnahmeklausel, die es Mitgliedstaaten ermöglicht hätte, sich den strikten Europäischen Vorgaben für die jeweilige nationale Regulierungsstelle zu entziehen, ist gestrichen worden. Damit ist erreicht worden, daß in allen Mit-



Georg Jarzembowski MdEP

gliedstaaten nicht die nationalen Eisenbahngesellschaften oder mit ihr verbundene Stellen über die Zulassung von Eisenbahnunternehmen sowie über die Trassenzuweisungen und Fahrwegentgelte zu befinden haben, sondern tatsächlich unabhängige Stellen.

3. Durch eine neue Bestimmung ist als langfristiges Ziel aufgenommen worden, die Kosten für die Eisenbahninfrastrukturen durch die Nutzer tragen zu lassen. Damit ist erreicht worden, daß die Fahrwegentgelte langfristig in Richtung auf die Kostendeckung erhöht werden können, somit die Kosten für Bau und Unterhaltung der Netze von den Nutzern getragen werden und damit langfristig – ohne Dauersubventionen durch den Steuerzahler – die Basis für die Trennung von Netz und Betrieb geschaffen wird.

Mit diesen wichtigen Schritten werden die verfestigten nationalen Eisenbahnstrukturen weiter aufgebrochen und neue Möglichkeiten für den Wettbewerb unter den Eisenbahnunternehmen in der Union eröffnet. Die EVP-ED-Fraktion verspricht sich von den neuen Rahmenbedingungen einen attraktiveren Eisenbahnsektor mit größerem An-

gebot von kundenorientierten effizienten grenzüberschreitenden Frachtdiensten. Damit kommen wir unserer Zielsetzung näher, mittels Wettbewerb auch im Eisenbahnsektor letztlich mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Der Verlauf des Vermittlungsverfahrens belegt erneut die Bedeutung des Mitentscheidungsverfahrens, das seit dem Amsterdamer Vertrag auch für den Verkehrssektor gilt. Denn nur dadurch konnte es dem EP gelingen, die Positi-

on des Rates, in dem die Mitgliedstaaten die Öffnung des Eisenbahnsektors zum Schutze ihrer nationalen Eisenbahnunternehmen blockieren wollten, aufzubrechen und den Binnenmarkt für den grenzüberschreitenden Frachtverkehr spätestens ab dem Jahr 2008 durchzusetzen.

Dr. Georg Jarzembowski (CDU Hamburg) ist der Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Ausschuß für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr des EP.

RUTH HIERONYMI:

Hollywood Paroli bieten

EUROPÄISCHES FILMFÖRDERPROGRAMM VERABSCHIEDET
DIE KULTURELLE VIELFALT EUROPAS IST UNSER STÄRKE

Nach wie vor liegt der Anteil amerikanischer Filme in europäischen Kinos bei 85 %. Im Fernsehen sieht das Bild europaweit nicht viel besser aus. Amerikanische Massenware herrscht auf vielen Kanälen vor. Europäische Produktionen haben es da nicht leicht. Dabei werden in Europa mehr Spielfilme produziert als in den USA, oft von hervorragender Qualität. In Europa ist auch Kapital für diesen Sektor vorhanden, nur wird es nicht in europäische Werke investiert. Rund 5 Milliarden Markt fließen alleine aus Deutschland in die-



Ruth Hieronymi MdEP

sem Jahr zur Finanzierung von US-Produktionen in Richtung Hollywood. Die amerikanische Film- und TV-Industrie hat in den USA mehr Arbeitsplätze geschaffen als die Auto-, Hotel- und Pharmaindustrie zusammen. Die europäischen Unternehmen sind hingegen schlecht für die digitale Revolution gerüstet:

Die grenzüberschreitende Verbreitung europäischer Werke ist auf allen Ebenen (Konzeption, Produktion, Vertrieb) nach wie vor viel zu gering. Sprachenvielfalt, nationale Vertriebsstrukturen und fehlendes Risikokapital sind die

großen Probleme des europäischen Films. Die Wachstumslokomotive Film und Multimedia darf aber an Europa nicht vorbeirauschen.

Hier setzt das Programm MEDIA Plus zur Förderung der europäischen Filmindustrie an, das vom Europäischen Parlament am 6.7.2000 und vom EU-Kulturminister am 23. November mit einem Budget von 400 Mio. Euro für die fünfjährige Laufzeit beschlossen wurde. Im Gegensatz zu den nationalen Filmförderprogrammen, die vor allem die hohen Produktionskosten abfedern, setzt MEDIA bereits bei der Fort-

bildung an. Filmemacher in Europa sollen lernen, wie man Programme nicht nur für einen nationalen Markt, sondern auch für ein europäisches Publikum macht. MEDIA stärkt außerdem internationale Koproduktionen sowie den Vertrieb und die Öffentlichkeitsarbeit für europäische Filme außerhalb ihres Heimatlandes. Schon durch das Vorgängerprogramm MEDIA II (1996 – 2000) ist ein erheblicher Multiplikatoreffekt in bezug auf Investitionen im audiovisuellen Sektor erzielt worden: Ausgezählte EU-Finanzhilfen in Höhe von 139 Mio. Euro zogen Gesamtinvestitionen von 801 Mio. Euro nach sich. Europaweite Kinoerfolge wie „Lola

rennt“ oder „Dancer in the Dark“ wären ohne MEDIA so nicht zustande gekommen.

Neben der Förderung durch die nationalen Filmförderprogramme und MEDIA Plus muß jetzt die Wettbewerbs-

fähigkeit des europäischen Films gegenüber der US-Konkurrenz umfassend gestärkt werden. Hollywood kann man nicht allein mit Geld und Quoten Paroli bieten, die Voraussetzung ist Qualität! Weitere Kernforderungen der EVP zur Entwicklung des europäischen Films sind:

■ Die Filmförderung muß europaweit durch die Bereitstellung von Ri-

sikokapital ergänzt werden und die Europäische Investitionsbank muß die Vorreiterrolle für Investitionen auch in Inhalte übernehmen.

■ Die Sprachbarriere für europäische Filme muß durch den Einsatz von Digitaltechnologie abgebaut werden.

■ Die privaten und öffentlichen Fernsehveranstalter in Europa müssen ihren wachsenden Bedarf gezielt zur Ankurbelung der europäischen Filmindustrie einsetzen.

Ruth Hieronymi MdEP (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für das „MEDIA Plus“-Programm.

EU-Vertrag Art. 151 (Kultur)

- (1) Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- (2) Die Gemeinschaft fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:
 - ...künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich ...

ARMIN LASCHET:

Historischer Meilenstein für europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die im Lichte der Erfahrungen und Lehren des Kosovo-Krieges und seit den Gipfeln von Köln und Helsinki 1999 immer konkreter Gestalt annimmt, hat in den vergangenen Wochen einen weiteren, wahrhaft historischen Meilenstein erreicht. Der Ministerrat

der Westeuropäischen Union übertrug auf seiner letzten Sitzung Mitte November in Marseille sämtliche operationelle Kompetenzen der WEU endgültig an die Europäische Union und beendete damit unwiderruflich die Geschichte der WEU als Akteur im Bereich der Krisenbewältigung. Jetzt ist es auch erforderlich, die Parlamentarische Versammlung der WEU aufzulösen, da heute schon das Europäische Parlament die Kontrolle der ESVP wahrnimmt.

Ebenfalls Mitte November gaben dann die Verteidigungsminister der Europäischen Union im Rahmen der sogenannten Truppenstellerkonferenz die jeweiligen nationalen Beiträge ihrer Regierungen zur Erreichung des militärischen headline goals von Helsinki bekannt und rückten mit dieser Verpflichtungserklärung die EU einen entschei-



Armin Laschet MdB

denden Schritt näher an ihr äußerst ehrgeiziges Ziel, bis 2003 die Mobilisierung von bis zu 60.000 Mann innerhalb von 60 Tagen und für mindestens ein Jahr zu ermöglichen. Zwar gibt es trotz einer ausreichenden Streitkräftestärke von über 100.000 Mann, 400 Kampfflugzeugen und 100 Schiffen noch zum Teil erhebliche Defi-

zite im operativen und strategischen Bereich, die vor allem die Aufklärung, den Lufttransport sowie die Präzisionswaffen betreffen und in den kommenden Monaten unbedingt ausgeglichen werden müssen, doch kann die weitere Planung der ESVP jetzt endlich mit konkreten und verbindlichen Zahlen fortgeführt werden.

Die EU-Mitgliedstaaten dürfen allerdings in den kommenden Monaten die unverzichtbaren Investitionen, die für die Schließung der festgestellten Kapazitätslücken erforderlich sein werden, nicht durch weitere Kürzungen der Verteidigungsetats gefährden. Gerade die Bundeswehr leidet bereits jetzt an einer chronischen Unterfinanzierung, und sollte sich dieser Trend fortsetzen, wird sie früher oder später ihre Europatauglichkeit verlieren. Ohne den wichtigen Beitrag Deutschlands aber könnte die ESVP

auf halbem Wege steckenbleiben. Ausdrücklich zu begrüßen ist die Bereitschaft sowohl der europäischen NATO-Staaten, die nicht EU-Mitglied sind, als auch der EU-Beitrittskandidaten, sich mit wichtigen und umfangreichen Kontingenten am Aufbau der europäischen Krisenreaktionstruppe zu beteiligen und damit zur Sicherheit in ganz Europa beizutragen. Dies zeigt deutlich, daß die europäischen Partner verstanden haben, daß die EU kein eigenes Verteidigungsbündnis in Konkurrenz zur NATO bilden, sondern lediglich mehr Eigenverantwortung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen will und muß.

Europa hat keine andere zukunftssichernde Alternative, als sich zu einem handlungsfähigen Akteur der sicherheitspolitischen Bühne zu entwickeln, der in der Lage ist, gegebenenfalls auch ohne Hilfe der USA die Petersberger Aufgaben der Konfliktverhütung und -bewältigung durchzuführen, denn die Bereitschaft der Amerikaner, noch einmal für die Europäer in Europa einzugreifen, wird auch unter dem neugewählten US-Präsidenten eher gering sein. Darauf muß sich Europa vorbereiten.

Eine erfolgreiche ESVP wird die politische Union Europas vorantreiben und gerade jetzt, wo so große Herausforderungen wie Erweiterung und interne Reformen anstehen, einen willkommenen Integrationschub leisten. Sie entspricht

nicht nur der politischen Logik der europäischen Integration, deren nächste wichtige Etappe zur Vertiefung der EU sie nach der Vollendung des Binnenmarktes und der Einführung des Euro darstellen würde, sondern auch den Bedingungen der Globalisierung, unter denen sich die Schicksalsgemeinschaft Europa nur als politisch vereinte Kraft behaupten kann.

Armin Laschet MdEP (CDU Nordrhein-Westfalen) ist stellv. Mitglied im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Mannstärke der EU-Eingreiftruppe



Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP.
Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, IHZ, 11011 Berlin, Telefon (030) 2096 1322, e-mail: stephan.mock@cducsu.bundestag.de.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0.
Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.